

„Das machen wir
gemeinsam“

Aktuelle Kampagne

S.2

Migrationssozialarbeit
im Wandel

S.4

Ehrenamt trotz Corona

S.5

Migration & Integration Info



Nähwerkstatt unter freiem Himmel: Isabel Bülter (li.) und Suna Bakalao Yoo engagieren sich ehrenamtlich – auch in Zeiten der Pandemie (mehr auf S. 5).

Liebe Leserinnen und Leser, wie würden wir heute über die Flüchtlingszuwanderung der Jahre 2015/2016 sprechen, wenn sich damals jeder selbst am nächsten gewesen wäre, wenn sich nicht viele Tausende Menschen spontan zu Unterstützung und Hilfeleistung für die Ankommenden entschlossen hätten? Was würden wir heute erzählen, wenn sich nicht in ganz Deutschland ehrenamtliche Initiativen gebildet hätten, wenn sich Pfarrgemeinden und verbandliche Akteure, große Teile der Politik in Kommunen, Ländern und Bund nicht teils über Nacht dazu entschlossen hätten, einen solidarischen Beitrag in dieser außergewöhnlichen Situation zu leisten? Welche Auswirkungen hätte ausbleibendes Engagement für die Ankommenden, für die Gesellschaft und unser Zusammenleben gehabt?

Man wagt kaum, diese Fragen zu beantworten und Szenarien dazu aufzustellen, was gewesen wäre, wenn. Klar ist, die gegenseitige Hilfe und das Eintreten füreinander in jener Zeit waren gelebte Solidarität und gemeinsames Handeln mit dem Ziel, Schutzsuchenden eine menschenwürdige Aufnahme zu ermöglichen.

Hinter all dem stand die Annahme, dass die Aufnahme nur gemeinsam gelingen kann, indem möglichst viele Akteure ihre Kompetenzen, ihre Erfahrungen und ihr Wissen einbringen. Allen Schwierigkeiten und Widrigkeiten, allen verbalen Polarisierungen und gesellschaftlichen Spaltungsversuchen zum Trotz haben damals sehr unterschiedliche Akteure in herausragender Weise zusammengearbeitet. Dass die Aufnahme nach den Schwierigkeiten der Anfangszeit

weitgehend gelungen ist, liegt maßgeblich daran, dass sie gemeinsam geschafft wurde.

Solidarität und gemeinsames Handeln sind bei gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie der Flüchtlingsaufnahme vor fünf Jahren oder aktuell in der Corona-Pandemie von höchster Bedeutung. Sie müssen als Grundprinzip funktionierendes gesellschaftlichen Zusammenlebens gewertet werden, spielen sich aber beständig ab, häufig im Kleinen, kaum sichtbar. „Das machen wir gemeinsam“, so lautet die Botschaft der aktuellen Caritas-Kampagne. Damit verbunden ist ein Auftrag an uns alle, an die verbandliche Caritas und an jede(n) Einzelne(n), gemeinsam an einer Gesellschaft zu arbeiten, die möglichst vielen Menschen gute Chancen für ein gelingendes Leben bietet.

Im Bereich Migration und Integration kann dieser Auftrag für die Caritas konkret bedeuten, Räume für Begegnung und Engagement zu schaffen, um Vorbehalte abzubauen, Gemeinsamkeiten zu finden und soziale Kompetenzen aufzubauen.

Es kann auch bedeuten, Migrationsdienste zu unterstützen. Denn diese sind Türöffner in die Gesellschaft und für die Gesellschaft, indem sie nicht nur individuelle Unterstützung leisten, sondern auch solidarisch in die Gesellschaft hineinwirken.

Gemeinsames solidarisches Handeln verlangt auch, eingewanderte Menschen als potenzielle Nutzer(innen) der Dienstleistungen aller Fachbereiche noch stärker in den Blick zu nehmen. Auch für unsere eigenen Einrichtungen und Dienste ist ein weitreichender Prozess der interkulturellen Öffnung erforderlich.

Themenschwerpunkt

Aktuelle Caritas-Kampagne „Das machen wir gemeinsam“

Pflegeteams, die sich in Krankenhäusern und Altenheimen um Covid-19-Patient(inn)en kümmern, Lehrer(innen) und Eltern, die Homeschooling gemeinsam möglich machen, Menschen, die Masken im öffentlichen Raum tragen. Diese Beispiele zeigen, wie wichtig gemeinsames Handeln im Kampf gegen das Virus ist. Auch für die Caritas wurde dies in den vergangenen Monaten sehr deutlich. Nur gemeinsam konnte es gelingen, einen Schutzschirm für die sozialen Einrichtungen und Dienste zu erwirken, gemeinsam haben die Teams in den Caritas-Beratungsstellen die Online-Beratung massiv ausgebaut. Wenn die verschiedenen verbandlichen Gliederungen zusammenwirken, können wir viel erreichen.

„Das machen wir gemeinsam“, lautet die Botschaft der aktuellen Caritas-Kampagne, die im Hinblick auf das 125-jährige Jubiläum des Deutschen Caritasverbandes im Jahr 2022 über zwei Jahre laufen wird. Damit verbunden ist der Auftrag an uns alle, gemeinsam an

Dies bedeutet für die Caritas, für eine Heimat in Vielfalt einzustehen und sich einzumischen in soziale und gesellschaftliche Fragen in Politik und Medien. Sich gleichzeitig starkzumachen im öffentlichen Diskurs für Diversität. Diese Aufgaben sind nicht trivial, Caritas steht aber gerade dafür, komplexe Aufgaben engagiert anzugehen, dabei ausgleichend zwischen unterschiedlichen Interessen zu wirken und auch pragmatische Lösungen in den Blick zu nehmen.

Mit den Beiträgen in diesem Heft wollen wir die Caritas-Kampagne #DasMachenWirGemeinsam mit den Themen Migration, Integration und Flucht in Bezug setzen. Wir möchten aufzeigen, welche Spannungen und welche kreativen Ideen es gibt, wenn es darum geht, gemeinsam einen Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten.

Jede(r) Einzelne zählt, aber am besten „machen wir das gemeinsam“.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihr

Tobias Mohr



Tobias Mohr

*Stellv. Leiter des Referats
Migration und Integration
beim DCV in Freiburg
E-Mail: tobias.mohr@caritas.de*

einer sozialeren und gerechteren Gesellschaft zu arbeiten, die möglichst vielen Menschen gute Chancen für ein gelingendes Leben bietet. Das wird nicht von allein geschehen. Schon gar nicht in einer Zeit, in der das Coronavirus viele Sicherheiten nimmt und die Lebensweisen vieler Menschen massiv verändert.

„Miteinander durch die Krise“ heißt daher auch der Schwerpunkt der ersten Kampagnenphase im Frühjahr 2021, in der es um die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie geht. Corona hat uns global, lokal und privat vor Augen geführt, wie sehr wir auf andere angewiesen sind. Zahlreiche arme, alte und kranke Menschen wissen, was es bedeutet, auf Hilfe angewiesen zu sein. Ihre Existenz hängt auch davon ab, welche Unterstützung ihnen andere zukommen lassen – in Form von gesetzlich geregelten Förderungen, als Dienstleistungen von Institutionen, als Hilfen von zivilgesellschaftlichen Netzwerken wie Nachbar(inne)n und Verwandten. Dass Solidarität mehr ist als ein Schlagwort, mit dem Politiker(innen) in den Wahlkampf ziehen, wurde in den vergangenen Monaten auch anderen Menschen klar: Solidarität ist der Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Zeiten von Corona tritt dies ungleich deutlicher zutage: Solidarität

macht ein Leben oder Überleben in und mit der Pandemie erst möglich. Wer konsequent eine Maske trägt, schützt nicht nur sich, sondern auch die Menschen seines Umfeldes – und damit jene, für die eine Infektion aufgrund von Vorerkrankungen schwere Folgen haben kann. Davon profitieren beide Seiten, doch je länger die Pandemie dauert, desto häufiger zeigt sich, wie mühsam es sein kann, solidarisch zu handeln. Trittbrettfahrer(innen) setzen darauf, dass sich „die anderen“ an die Regeln halten und genießen „ihre Freiheiten“, Skeptiker(innen) fühlen sich durch die Vorgaben gegängelt und in ihrer Freiheit beschnitten.

Mehrere Studien¹ legen nahe, dass Corona zwar alle trifft, aber nicht alle gleich. Auch in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit setzt sich die Erkenntnis durch, dass manche sozialen Gruppen, die bisher zu wenig im Fokus standen, besonders hart von den Folgen von Corona betroffen sind.² Insbesondere Menschen in prekären Lebensverhältnissen wie Beschäftigte in der Fleischindustrie, Erntehelfer(innen), Betreuungskräfte in Privathaushalten, die sehr häufig einen Migrationshintergrund haben, haben oft keine Möglichkeit, Abstand zu halten und sich vor Ansteckung zu schützen. Ebenso ergeht es Geflüchteten in Sammelunterkünften. Sie alle leben und arbeiten in beengten Verhältnissen oder nah am Menschen. Viele von ihnen haben keinen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Oftmals sind Familien in prekären Lebensverhältnissen auch nicht in der Lage, digitale Geräte anzuschaffen, die ihren Kindern eine Teilnahme an Home-schooling-Maßnahmen ermöglichen würde.

Investieren – oder ob wir Lücken im Sozialsystem billigend in Kauf nehmen. Und darüber, wie wir verhindern können, dass Menschen durchs soziale Netz fallen.

In Anbetracht der enormen finanziellen Ausgaben, die Bund, Länder und Kommunen stemmen müssen, um die Folgen von Corona in den Griff zu bekommen, werden auch die Leistungen des Sozialstaates auf dem Prüfstand stehen. Die Gefahr besteht, dass Kürzungen in diesem Bereich die bestehende soziale Ungleichheit zementieren oder ausbauen – mit der Folge, dass die Gesellschaft als Ganzes instabiler wird. Entscheidend wird also sein: Welche langfristige Unterstützung sichert der Staat Menschen in schwierigen Lebenslagen zu?

Für die Caritas ist klar: Rat und Hilfe dürfen nicht zu einem Luxusgut werden, sondern müssen denen offenstehen, die darauf angewiesen sind. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist es entscheidend, dass das physische und das soziokulturelle Existenzminimum umfassend gesichert werden. Außerdem sollten alle Menschen – auch diejenigen, die sich ohne legalen Status in Deutschland aufhalten – ein Anrecht auf Gesundheitsversorgung haben, ohne von Ansprüchen ausgeschlossen werden zu können. Alle ausländischen Kinder mit Aufenthaltsrecht sollten einen eigenständigen Anspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen erhalten. Für Frauen, die als Live-in-Carer pflegebedürftige Menschen in Privathaushalten versorgen, müssen reguläre Arbeitsrechtsstandards durchgesetzt werden.

Die Herausforderung ist größer geworden, möglichst vielen Menschen faire und gerechte Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Antworten auf die Fragen und Lösungen für ein gelingendes Zusammenleben können wir nur gemeinsam erarbeiten.

Hinschauen, anpacken, Verantwortung übernehmen. Für Rechte einstehen, die Schwachen stärken, Ideen entwickeln und umsetzen: Das gelingt am besten, wenn sich verschiedene Menschen oder Organisationen zusammenschließen. Der Kampagnenclaim ruft alle Verbände, Dienste und Einrichtungen der Caritas dazu auf, in diesem Sinne aktiv zu werden. Sprechen Sie mit Ihren beruflich und ehrenamtlich Mitarbeitenden, mit Klient(inn)en, Patient(inn)en und Ratsuchenden, aber auch mit sozialpolitischen Akteur(inn)en und Entscheider(inn)en aus Politik und Gesellschaft. Lassen Sie uns gemeinsam an einer sozial gerechteren Zukunft arbeiten!

Maja Roth, Marc Boos

Bereich Kommunikation und Medien beim DCV in Freiburg

Anmerkungen

- 1 S. u. a. UNIVERSITÄT MANNHEIM: Die Mannheimer Corona-Studie. April 2020, www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie/; s. auch: WZB Mitteilung: Neue Verhältnisse. Was Corona mit der Gesellschaft macht. Juni 2020, Download per Kurzlink: <https://bit.ly/395Wkrg>; BERTELSMANN STIFTUNG: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020, Download per Kurzlink: <https://bit.ly/2Y3U6SS>
2. MAYR, A.: Soziale Ungleichheit: Die Angreifbaren. In: Zeit online vom 25. November 2020.



Bild DCV/pixelfit/E+/Getty Images

Mit dem Kampagnenmotiv „Zeigen wir Solidarität mit allen – oder sparen wir sie uns?“ will die Caritas darauf aufmerksam machen, dass nicht alle Menschen in Deutschland gleichermaßen Zugang zu medizinischer Behandlung, Beratung und Hilfe haben. Sie will ins Gespräch kommen darüber, ob wir genug in unsere soziale Absiche-

Migrationssozialarbeit im Rückblick auf ein dynamisches Jahrzehnt: Was steht jetzt an?

Die Solidarität mit geflüchteten und anderen zugewanderten Menschen sowie das daraus resultierende Engagement für „den Fremden“ ist bekanntermaßen ein Kernbestandteil der christlichen Identität und damit Verpflichtung und Leitbild für die Migrationssozialarbeit der Caritas. Nur in wenigen anderen Handlungsfeldern wird das Selbstverständnis der Caritas, als Anwältin, Dienstleisterin und Solidaritätsstifterin für Benachteiligte tätig zu sein, in so besonderer Weise deutlich wie in der Flüchtlings- und Integrationshilfe. Gemeinschaftlich mit Betroffenen und Netzwerkpartnern trägt die Flüchtlings- und Migrationsberatung wesentlich zu einer gelingenden Integration bei. Über die Hilfe im Einzelfall hinaus heißt dies für die Sozialarbeit stets auch, die Folgen defizitärer Integrationsstrukturen aufzufangen und gegen rechtliche und gesellschaftsbedingte Hürden und Blockaden in einem hoch dynamischen Kontext anzuarbeiten.

In den vergangenen zehn Jahren unterlag die Migrationssozialarbeit einem besonderen gesellschaftlichen, politischen und förderrechtlichen Wandel. Als kleiner Fachbereich hatte sie zunächst nur überschaubare Stellenanteile. Die Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen mussten an der Seite weniger ehrenamtlich Aktiver Anfang des Jahrzehnts zäh um Bleibeperspektiven für Geduldete, Verbesserungen im Asylbewerberleistungsgesetz oder beim Etablieren einer Willkommenskultur ringen. Die Interessenslagen von Verwaltung, Bürgerschaft und Wohlfahrtspflege waren selten vollständig deckungsgleich. Mitunter gab es tiefe Gräben zwischen verwaltungshandelnden Personen und den Flüchtlingsberater(inne)n. Anwaltschaftliches und solidarisches Handeln an der Seite der Geflüchteten gehörten zu den täglichen Anforderungen in der Migrationssozialarbeit.

„Das machen wir gemeinsam“ – diese Haltung bekam 2015 einen Schub in den Kommunen

Der positiven Stimmungslage und hohen Aufnahmebereitschaft in den Kommunen im Sommer 2015 ging ein mühsamer und langwieriger Veränderungsprozess voraus. Zur Bewältigung der Herausforderungen vor Ort wurde nun die Notwendigkeit eines guten Miteinanders aller Beteiligten erkannt und von vielen Seiten unterstützt. Die Expertise der Flüchtlingsberatungsstellen war vielfach in besonderer Weise gefragt, sowohl von behördlicher als auch von ehrenamtlicher Seite. In vielen neu entstandenen Netzwerken entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit auf gemeinsamer Augenhöhe zwischen Behörden, Sozialdiensten und bürgerschaftlichen Initiativen, die bis heute fortbesteht.

Wenn auch die gegenwärtige europäische und nationale Asylpolitik erneut von Abschottung und Zuständigkeitsvermeidung dominiert wird, so sind auf kommunaler Ebene Integrationsthemen viel stärker in den Mittelpunkt gerückt. Anders als in den 1990er- und

2000er-Jahren haben viele Kommunen die Bedeutung integrationsunterstützender Angebote erkannt und halten daran fest. Neben einem Ausbau verwaltungsinterner Strukturen hat die Migrationssozialarbeit der freien Wohlfahrtspflege hiervon wesentlich durch eine verstärkte Förderung profitiert.

Gleichzeitig bleibt jedoch die Ressourcenunsicherheit für die Beratungsstellen bestehen. Anders als im Bereich der Schuldner- oder Erziehungsberatung haben Zuwanderinnen und Zuwanderer kein Recht auf Beratung und sozialarbeiterische Unterstützung. Die von Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellten Mittel sichern bei weitem keine nachhaltige Finanzierung einer ausreichenden und flächendeckenden Infrastruktur. Die Chancen, qualifizierte Beratungsangebote vor Ort wahrnehmen zu können, sind höchst unterschiedlich verteilt. Sie hängen im Wesentlichen vom individuellen Engagement der Länder und Kommunen ab sowie von den Bemühungen der Träger, zusätzliche Fördermittel für ihre Arbeit zu akquirieren oder Eigenmittel zu investieren.

Bedingungen der neuen Zusammenarbeit bedürfen der Klärung

Letztendlich bleibt mit der Vielfalt und Uneinheitlichkeit von Förderkonzepten die Frage ungeklärt, wer vor Ort für die Integrationsarbeit zuständig sein soll und sein kann. Die Bedingungen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kommunen, freien Trägern, Selbstorganisationen und ehrenamtlichen Initiativen sind daher längst nicht ausgemacht. Im Gegenteil: So begrüßenswert die aktive Mitgestaltung der Integrationsarbeit vor Ort durch Kommunalverwaltungen auch ist, so sehr ist die Migrationssozialarbeit der freien Wohlfahrtspflege über deren neue Rolle irritiert.

Zunehmend beanspruchen die Verwaltungsbehörden für sich, die Integrationsarbeit auf der operativen Ebene aktiv mitgestalten zu wollen. Staatliche Stellen empfehlen sich als Leistungsträger und Leistungsanbieter aus einer Hand. Einzelfallhilfe für Zuwanderinnen und Zuwanderer wird mit kommunalen Mitarbeitenden geleistet. Dies mag Synergien bündeln, notwendige Unabhängigkeit und anwaltschaftliches Engagement sind jedoch nicht gewährleistet. Die bewährten Regelungen des Subsidiaritätsprinzips werden durch eine solche Förderpolitik verstärkt ausgehebelt. Die Partnerschaft von Staat und Wohlfahrtspflege in der Migrationssozialarbeit muss offensichtlich neu ausgehandelt werden.

Gerrit Hermans

*Bereichsleitung Soziale Dienste
Caritasverband Geldern-Kevelaer e. V.*

#DasMachenWirGemeinsam

NACHGEFRAGT

Fürs Ehrenamt war 2020 ein turbulentes Jahr



In Zeiten des Shutdowns: Über die Möglichkeiten von Ehrenamtlichen in der Hilfe für Geflüchtete sprach Elena Knežević vom Migration & Integration-Info mit Gabriele Rabe, Ehrenamtskoordinatorin in der Flüchtlingshilfe des Orts-Caritasverbandes Weimar.

Was war für Sie der emotionalste Moment in der Weimarer Ehrenamtskoordination?

Als wir im Sommer nach dem ersten Lockdown das Café International wiedereröffnet haben. Das Haus war endlich wieder belebt und laut. Das war sehr bewegend.

Was genau bedeutet das Café International für seine Gäste?

Für viele ist das Café ein sehr wichtiger Ort der Begegnung, und die Geflüchteten kommen gerne hierhin. Es ist ein Ort des Austauschs und geselligen Beisammenseins, wo es auch mal bei einer Runde „Mensch, ärgere dich nicht!“ zur Sache geht. Übrigens wäre das Café ohne die Mitarbeit von Ehrenamtlichen undenkbar! Denn es sind Ehrenamtliche, die Kuchen backen und spenden und an die Gäste austeilen. Das Café ist für das Gemeinschaftsgefühl der Weimarer Flüchtlingssozialarbeit essenziell.

Gab es 2020 eine besondere Geschichte eines Geflüchteten, die Sie mit uns teilen möchten?

Oh, da gibt es mehrere Geschichten. Ich nenne mal eine: Wir haben eine Familie aus den Balkanstaaten, die in der Heimat Diskriminierung aufgrund ihrer Ethnie erfahren hatte. Sie wohnen hier in Weimar und haben eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt. Da die Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer gelten und kein Aufenthalt genehmigt wurde, haben wir den Fall an die Härtefallkommission gegeben. Wichtig dabei waren Fragen wie: Kann die Familie ihren Lebensunterhalt eigenständig sichern? Können die Familienmitglieder gut Deutsch sprechen? Etwa zur gleichen Zeit kam eine junge und neue Ehrenamtliche auf mich zu, die arbeitssuchend war. Sie wollte in dieser Zeit gerne etwas machen und sich gesellschaftlich einbringen. Gemeinsam mit meiner Kollegin, die als Sozialarbeiterin die Familie betreut, habe ich sie dann zur Familie vermittelt. Sie haben mehrmals in der Woche gemeinsam Deutsch geübt. Es war wirklich ein intensives Ehrenamt. Das

viele Pauken hat sich gelohnt – die Familie darf bleiben. Wir waren alle sehr erleichtert, und die Ehrenamtliche war wahnsinnig glücklich, dass ihr freiwilliges Ehrenamt mit Erfolg gekrönt war. Solche Geschichten haben wir im letzten Jahr mehrfach erlebt.

Was war 2020 noch sehr aufregend und emotional?

Durch die Schließung des Cafés hatten einige Ehrenamtliche plötzlich eine Pause. Wir haben versucht, gemeinsam zu schauen, inwieweit Ehrenamt trotzdem möglich ist. Es gibt zum Beispiel zwei Frauen, die jahrelang einen Deutschkurs für Frauen ehrenamtlich gegeben haben. Sie kamen auf mich zu, und wir haben gemeinsam geschaut, was nun in dieser Phase möglich ist. Die eine lernt gerade zusammen mit einer Flüchtlingsfrau Deutsch über digitale Medien und bereitet sie so auf die nächste Prüfung vor. Die andere, eine pensionierte Ärztin, begleitet eine Frau in ihrer Umschulung zur Altenpflegerin. 2020 erforderte sehr viel Flexibilität von uns. Ich hoffe sehr, dass wir auch langjährige Ehrenamtliche halten können, die nun längere Zeit nicht mehr bei der Caritas vor Ort sein konnten. Das betrifft vor allem Freiwillige in der Kinderbetreuung. Wichtig ist, dass trotz der räumlichen Distanz der Kontakt zwischen Ehrenamtlichen und der Caritas nicht abbricht.

Gab es etwas, das Sie im vergangenen Jahr beeindruckt hat?

Es haben sich wahnsinnig viele junge Menschen für ein Ehrenamt interessiert! Im ersten Lockdown mussten zum Beispiel einige ihr Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Ausland abbrechen, und sie fragten dann bei der Caritas an. Die meisten wurden in die Online-Schülernachhilfe vermittelt. Eine junge Ehrenamtliche setzte ihr FSJ nach den Lockerungen dann in Frankreich im Sommer fort. Sie gab aus der Ferne weiterhin Online-Nachhilfe. Das fand ich klasse!

Insgesamt haben sich viele junge Menschen gemeldet und üben nun ein Ehrenamt aus. Ich denke, die Pandemie ist auch eine Chance für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch die vielen Einschränkungen richten die Menschen den Blick nach innen und stellen sich die Frage: Wie kann ich anderen helfen, die von der Pandemie stärker betroffen sind als ich? So wurde doch ein Stück weit das Gemeinschaftsgefühl durch die Pandemie neu bestimmt. Trotz oder vor allem aufgrund des verrückten Jahres hatten wir in Weimar einen starken Zuwachs an Ehrenamtlichen.

Frau Rabe, vielen Dank für das Gespräch!

Pandemiefolgen für Migranten

Unsere Einwanderungsgesellschaft während und nach Covid-19¹

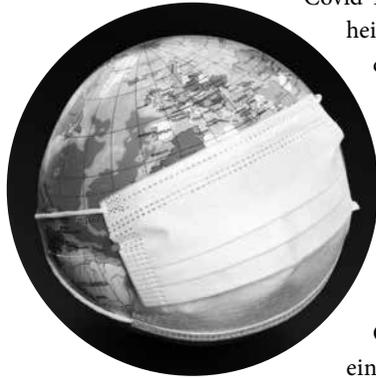


Bild Tim Reckmann/
pixelio

Covid-19 hat nicht nur eine akute Gesundheits- und Wirtschaftskrise ausgelöst, deren Ausmaß noch nicht absehbar ist, sondern seine Folgen erschweren auch den Zugang zu zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: zur Gesundheit, zum Wohnen, zur Bildung und zum Arbeitsmarkt. Besonders betroffen sind Migrant(inn)en und vor allem Geflüchtete.² Sie haben tendenziell ein höheres Infektionsrisiko, einen schlechteren Zugang zu (digitaler) Bildung, und sie verlieren schneller ihre Arbeit. Wir prüfen,

welche guten Praxisbeispiele die Wohlfahrtsorganisationen im Sinne eines „#DasMachenWirGemeinsam“ weiterentwickeln können.

Gesundheit

Über das ohnehin bestehende Forschungsdefizit zur Gesundheitsversorgung von Migrant(inn)en und Geflüchteten³ hinaus sind die Auswirkungen der Pandemie auf diese Gruppe noch wenig bekannt. Bekannt ist jedoch, dass migrationsspezifische Faktoren wie geringe Deutschkenntnisse oder mangelnde Informationen über Versorgungsstrukturen Zugangsbarrieren darstellen.⁴

Bundesländer und Kommunen haben daher Informationsmaterial in mehreren Sprachen aufgelegt. Krankenkassen übernehmen die Kosten für einen Covid-19-Test auch für nicht versicherte Personen, sofern vom Gesundheitsamt veranlasst.⁵ Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt die Übermittlungspflicht öffentlicher Einrichtungen (des Sozialamts, der Gesundheitseinrichtungen) an Ausländerbehörden für Menschen ohne Papiere kritisiert und fordern anonyme Krankenscheine, bekannt beispielsweise aus Thüringen oder Berlin.⁶

Wohnen

Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts⁷ für Gemeinschaftsunterkünfte werden nicht überall eingehalten.⁸ Laut einer Bielefelder Studie liegt das Ansteckungsrisiko dort im Mittel bei 17 Prozent; mehrere Unterkünfte haben Ansteckungsraten von bis zu 67 Prozent erreicht. Es mangelt an Hygieneartikeln und Information; Distanzregeln sind kaum einzuhalten. Die Beratung von – oft traumatisierten – Menschen ist erheblich erschwert.⁹ Kollektivquarantänen erlauben weder Kontaktnachverfolgung noch eine Trennung von infizierten und nicht infizierten Personen – Schutzlücken, die zum Teil als Diskriminierung eingestuft werden.¹⁰

Mancherorts wurden Maßnahmen zum Schutz der Bewohner(innen) von Sammelunterkünften ergriffen: Zimmer sind zum Teil nicht mehr voll belegt; zusätzliche Kantinen und Gemeinschaftsräume wurden eingerichtet, Bewohner(innen)räte gegründet.¹¹ Außerdem führten Gerichtsverfahren dazu, dass einzelne Personen auch aus ihren Unterkünften ausziehen durften.¹²

Bildung

Insbesondere in Sammelunterkünften haben geflüchtete Kinder oft keinen oder nur begrenzten Zugang zu WLAN und zu Endgeräten und können dem Fernunterricht nur sehr eingeschränkt folgen. Konzentrationsfördernde Rückzugsorte sind nur begrenzt nutzbar, haupt- und ehrenamtliche Angebote oft kaum verfügbar. Viele unlängst angekommene Migrant(inn)en können ihre Kinder aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse oder unterschiedlicher mitgebrachter Lernstrukturen kaum unterstützen.¹³

Kommunen, Schulen, Haupt- und Ehrenamtliche haben versucht, diese Defizite durch das Verteilen und teilweise Spenden von Endgeräten, die Installation von WLAN und digitale Hausaufgabenunterstützung aufzufangen. Bei den Sprach- und Integrationskursen investierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 40 Millionen Euro, um Lehrkräfte und Kursträger für digitale Angebote der Integrationskurse anzuwerben. 7000 Online-Tutorien und Klassenzimmer konnten genehmigt werden, in denen fast 83.000 Einwander(innen) lernen. 220.000 Personen brachen trotzdem ihren Integrationskurs ab.¹⁴

Arbeitsmarkt

Migrant(inn)en und Geflüchtete sind in besonderem Maße von Arbeitsplatzverlusten betroffen: Zwischen März und Juli 2020 stieg die Arbeitslosenquote unter Drittstaatler(inne)n um 5,2 Prozent, davon um 13,4 Prozent bei Personen aus Asylherkunftsländern – im Vergleich zu 2,6 Prozent bei EU-Ausländer(inne)n.¹⁵ Aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse, unterschiedlicher Bildungsniveaus, nicht passgenauer Ausbildung oder erschwelter Berufsanerkennung ist ihr Arbeitsmarktzugang ohnehin barriereicher. Drittstaatsangehörige, vor allem Geflüchtete, arbeiten eher in von der Pandemie besonders betroffenen Berufszweigen – insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe.¹⁶ Sie wirken häufiger in Leiharbeit, Zeitarbeit und Mini-jobs sowie in kleineren Betrieben¹⁷ bei geringer Heimarbeitsmöglichkeit und haben vielfach die kürzeste Betriebszugehörigkeit.

Andererseits macht die Pandemie offenkundig, dass rund 13 Prozent der Arbeitnehmer(innen) in systemrelevanten Berufen in der EU Migrant(inn)en sind. In Deutschland haben über 30 Prozent der im Lebensmittelsektor, in der Landwirtschaft und im Reinigungsgewerbe Arbeitenden und rund 20 Prozent der im Verkehrswesen und im öffentlichen Personenverkehr Tätigen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Fortschritte beim Arbeitsschutz (Stichwort: Fleischindustrie) sowie bei der Anerkennung von Abschlüssen ausländischer

Mediziner(innen) in einigen Bundesländern waren positive Auswirkungen.¹⁸

Diskriminierung und Rassismus

Seit Beginn der Pandemie werden vor allem in sozialen Netzwerken verstärkt aggressive, mitunter diskriminierende und sogar rassistische Diskurse gegenüber Geflüchteten und Migrant(inn)en vorangetrieben. Die Suche nach „Sündenböcken“ machte Menschen mit Migrationshintergrund, Migrant(inn)en und Geflüchtete zur Zielscheibe von Hassreden, Gewaltakten und weiteren Formen der Ausgrenzung.¹⁹

Die Erkenntnis der „Systemrelevanz von Migrant(inn)en“ sowie die öffentliche Diskussion zu Rassismus und Diskriminierung könnten ein Stück weit Formen von Ausgrenzung und sozialer Ungleichheit in den Fokus rücken. Gerade hier besteht die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsmaßnahmen.

Konsequenzen für die freie Wohlfahrtspflege

Ziel der freien Wohlfahrtspflege ist es, allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Ihre Rolle ist auch in der Pandemie unverzichtbar, um Missstände aufzuzeigen, vulnerable Gruppen²⁰ bedarfsorientiert zu unterstützen und Bedarfe an politische Entscheidungsträger zu melden: Sie sollte immer wieder darauf hinweisen, dass Integration – ein Marathon, kein Sprint – nicht den Ad-hoc-Erfordernissen von Covid-19 erliegen darf.²¹ Wissenschaft kann gute Praxisbeispiele auffindig machen. Wohlfahrt, gemeinsam mit anderen Partnern, kann diese umsetzen. Beides bedarf eines langen Atems.

Prof. Dr. Petra Bendel

Professorin für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)

Yasemin Bekyol

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
FAU

Marlene Leisenheimer

Studentische Hilfskraft
FAU

Anmerkungen

1. Der Beitrag basiert auf einer von der Stiftung Mercator geförderten Studie „Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der Covid-19-Pandemie“.
2. Vgl. hier und im Folgenden: BENDEL, P.: Innovative or ad hoc? Practices of migrant integration in light of COVID-19. Brüssel: European Commission, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/33J2PgD>
3. ALTGELD, T.: Bestandsaufnahme von Interventionen (Modelle guter Praxis) zur Gesundheitsförderung und Prävention bei Menschen mit Migrationshintergrund. Berlin: GKV-Bündnis für Gesundheit, 2018. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/2MswC7r>

4. BORDE, T.; BLÜMEL, S.: Gesundheitsförderung und Migrationshintergrund. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/2LnnRLC>
5. MEDIENDIENST INTEGRATION: Corona-Pandemie und Migration. Berlin, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3b3Npb9>
6. Ebd.
7. ROBERT-KOCH-INSTITUT (RKI): Empfehlungen für Gesundheitsämter zur Prävention und Management von COVID-19-Erkrankungen in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Schutzsuchende (im Sinne von §§ 44, 53 AsylG), 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3hHYcta>
8. FAU HUMAN RIGHTS PODCAST „Die Unterbringung Geflüchteter in Deutschland und insbesondere Bayern“, Prof. Dr. Petra Bendel diskutiert mit Dr. Stephan Dünnwald, Lea Gelardi und Dr. Olaf Kleist. 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3rOSf21>
9. BORZORGEHR, K.; HINTERMEIER, M.; RAZUM O.: SARS-CoV-2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: Epidemiologische und normativ-rechtliche Aspekte. Bielefeld: Kompetenznetz Public Health COVID-19, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/355rGvI>
10. MEDIBÜROS/MEDINETZE: Politische Entwicklung: Kollektivquarantäne – Gesundheitsgefährdung durch sinnwidrige Maßnahmen der Behörden. 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/392UmXD>
11. TAZ TALK #31 MEETS DEZIM: Geflüchtete in der (Corona-)Krise. 2020. Video per Kurzlink: <https://bit.ly/3o7F8Xv>
12. PRO ASYL: Nach Sachsen jetzt das VG Münster: Infektionsschutz gilt auch für Geflüchtete! Frankfurt a. M., 2020. Kurzlink: <https://bit.ly/3ocCBeP>
13. FAU HUMAN RIGHTS PODCAST „Die Unterbringung Geflüchteter in Deutschland und insbesondere Bayern“, a.a.O.
14. EPD/MIG: Corona: 220.000 Einwanderer unterbrechen Integrationskurse. Overath: Migazin, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/355AK3C>
15. BRÜCKER, H.; HAUPTMANN, A.; KEITA, S. et al.: Zuwanderungsmonitor Juli 2020. Nürnberg, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3hHaKAS>
16. VALLIZADEH, E. IN: JANKE, C.; BAUER, J.: Corona-Pandemie: Geflüchtete fürchten um ihre Jobs. Berlin: Mediendienst Integration, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3pJw2AA>
17. BATHKE, B.: In Germany, the coronavirus disproportionately affects migrants. InfoMigrants. N.p. 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3b7QQhg>; JANKE, C.; BAUER J.: Corona-Pandemie: Geflüchtete fürchten um ihre Jobs. A.a.O.
18. ODI: Key workers: Migrants' contribution to the COVID-19 response. London, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3b7KpL0>
19. KOLLENDER, E.: Bildung für alle – oder nur für einige? COVID-19 und die Diskriminierung von „geflüchteten Kindern“ im deutschen Bildungssystem. FluchtforschungsBlog, 2020. Kurzlink: <https://bit.ly/2XaSCWF>
20. HANKIYSKY, O.; KAPILASHRAMI, A.: Intersectionality offers a radical rethinking of covid-19. Thebmj, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/2LmWhOf>
21. SCHAMMANN, H.; BENDEL, P.; MÜLLER, S.; ZIEGLER, F.; WITTCHE, T.: Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land. Stuttgart/Berlin, 2020. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3rQEpfE>

NACHGEDACHT



Eva M. Welskop-Deffaa

Vorstand Sozial- und Fachpolitik beim Deutschen Caritasverband
E-Mail: vorstand.sozialpolitik@caritas.de

Gemeinsame Nächsten- und Fernstenliebe seit 125 Jahren

„Das machen wir gemeinsam“ – unter diese Überschrift hat der Deutsche Caritasverband seine Jubiläumskampagne gestellt. Eine Vergewisserung. Ein

Auftrag. Eine Ermutigung auch, die Arbeit an den vielen sozialen Brandherden und Baustellen durch tätige Hilfe einerseits und kluge Organisation von Netzen der Solidarität andererseits auch in den nächsten 125 Jahren fortzusetzen.

„Caritas wird konkret, sobald Menschen die Notlage anderer wahrnehmen und gemeinsam helfen. Das geht insofern über Nächstenliebe als persönliche Tugend hinaus, als es gemeinsam geschieht“, formulierte Prälat Hellmut Puschmann anlässlich des 100. Geburtstags des Caritasverbandes Dresden. Die gemeinsame Antwort ist gefordert, die verbandliche und überverbandliche Vernetzung. Papst Franziskus hat das vor wenigen Wochen nachdrücklich unterstrichen. Es brauchte, so schreibt er, „auch der barmherzige Samariter ein Gasthaus zur Unterstützung“, weil er die Versorgung des am Wegesrand niedergeschlagenen Fremden „momentan nicht allein schaffen konnte“. Wer dem „entfernten Bruder“ wirksam helfen will, kann das nur „durch die verschiedenen Ressourcen erreichen, die die Institutionen einer organisierten, freien und kreativen Gesellschaft schaffen können“. (Enzyklika Fratelli tutti, Randnummer 165)

Diese Vergewisserung ist Ermutigung gerade für das (migra-

tions-)politische Engagement der Caritas. Wir spüren, dass die zu berücksichtigenden Ursachen und Wirkungen von Migration und Integration immer komplexer miteinander verbunden sind. Und hinter der Vokabel „Komplexität“ verbirgt sich eine Zumutung: „Ein System ist dann komplex, wenn man es nicht vollständig beschreiben kann, selbst wenn man vollständige Informationen über alle seine Teile hat.“ (Armin Nassehi, Corona-Lecture der Ludwig-Maximilians-Universität München, 15. Dezember 2020)

Die Faktoren, die den Weg der Migrant(inn)en vorzeichnen, die Umstände, die die Aufnahmebereitschaft des Ziellandes beeinflussen, und die Aspekte, die den Integrationserfolg ausmachen – sie sind vielfältig miteinander verwoben und erzeugen Wirkungen und Nebenwirkungen, die beim besten Willen nicht vollständig zu überschauen und zu beschreiben sind. Komplex sind dabei auch Migration und Klimawandel miteinander verwoben. Wo Versteppung und steigender Meeresspiegel die Existenzgrundlagen der Menschen im globalen Süden vernichten, sind neue Wanderungsdynamiken die Folge. Klimaschutz gehört zum solidarischen Caritas-Engagement in der einen Welt deshalb unabdingbar dazu.

Aufgaben der Migrationspolitik in ihrer Komplexität anzupacken und dafür neue Allianzen zu schmieden – das ist Ermutigung aus der Erinnerung an die Gründung der Caritas vor 125 Jahren. Machen wir es gemeinsam!

Eva M. Welskop-Deffaa

IMPRESSUM

www.caritas.de

Redaktion: PD Dr. Andrea Schlenker (verantwortlich), Elena Knežević, Klemens Bögner (neue caritas)
Karlstraße 40, 79104 Freiburg

Redaktionssekretariat: Christine Rautenberg, E-Mail: migration.integration@caritas.de

Vertrieb: Bettina Weber, Lambertus-Verlag GmbH; Tel. 07 61/3 68 25-0, Fax: 3 68 25-33, E-Mail: neue-caritas@lambertus.de

Titelfoto: OCV Weimar

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung. Herausgegeben vom Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband e. V. in Freiburg

